

Haushaltsrede 2017 der FDP

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

der Ratsbeschluß über den Haushalt ist die vornehmste Aufgabe des Rates und deshalb mit besonderer Sorgfalt zu diskutieren und später nach bestem Wissen und Gewissen zu beschließen. Unter diesen Prämissen hat es sich der Rat in den letzten Jahren zwar nicht leicht gemacht, aber doch in einigen Punkten die Haushaltsansätze glattgebügelt.

Der vorliegende Haushaltsentwurf weist in den einführenden Seiten ein erfreuliches Zahlenwerk aus. Der Gesamtbetrag der Erträge und der der Aufwendungen ist nahezu bis auf wenige Euros ausgeglichen. Auch die übrigen Zahlen im Finanzplan machen das Bestreben der Verwaltung deutlich, den Haushalt weder in die eine noch in die andere Richtung zu überdehnen. Wenn man nicht weiterlesen würde, könnte man es bei diesen Bemerkungen belassen und dem Haushalt die Zustimmung geben.

Leider besteht ein Haushalt nicht nur aus dieser Zusammenfassung, sondern ist ein umfangreiches und sehr detailliertes Werk, das seine Tücken und Fallstricke in seinem Inneren verbirgt.

Ich halte es für nicht zielführend, auf einzelne Positionen in den Produktbereichen einzugehen. Der beste Plan wird von der Wirklichkeit eingeholt, und ob deshalb fünf oder zehntausend Euro zutreffend eingestellt sind oder nicht vielleicht doch anders eingesetzt werden sollten, bleibt im wesentlichen in der Entscheidungs – und Ermessensfreiheit der Verwaltung, die ohnehin der Rechnungsprüfung unterliegt. Die Realität überholt die Phantasie mit Leichtigkeit.

Es gibt allerdings neben haushalterischen Grundsätzen einige größere Positionen, die nicht unkommentiert bleiben können.

Die Kommunen befinden sich in einer komfortablen Lage, denn die boomende Wirtschaft beschert ihnen Gewerbesteuerereinnahmen, von denen sie in den letzten Jahren nur träumen konnten. Das heißt allerdings zweierlei :Fehler in den guten Zeiten vermeiden und für die Zukunft vorsorgen. Ich fange mit dem zweiten Hinweis an, weil er einen Haushaltsgrundsatz berührt.

Dieser Grundsatz besagt, dass ein solider Haushalt ein solides Eigenkapital haben sollte. Die Stadt Rietberg hat seit 2010 vom „Eingemachten“ gelebt, d.h. es wurde in den letzten 7 Jahren Eigenkapital verbraucht, was sich übrigens bis 2021 fortsetzen wird.

Weder wird die gute Haushaltslage genutzt, um das Eigenkapital zu stärken noch werden der Ausgleichsrücklage in den nächsten drei Jahren nennenswerte Beträge zugeführt. Die Haushaltspolitik hat sich denn auch in den letzten Jahren darin erschöpft, die Haushaltssicherung zu vermeiden, was bei dem bisherigen Umfeld nachvollziehbar war. Das hat sich jedoch geändert, ohne dass in den Haushaltsansätzen darauf reagiert wird. Nachvollziehbar ist es auch deshalb nicht, weil das Lieblingsthema aller im Rat vertretenen Parteien und Gruppierungen außer der FDP, nämlich die Kreisumlage, um insgesamt 18 Millionen sinkt und es also in jedem Fall genug Spielraum gibt, sich wirtschaftlich vernünftig zu verhalten und das Eigenkapital zu stärken, auch wenn der erste Haushaltsentwurf bezüglich der Kreisumlage noch etwas angepasst werden musste.

Das ist um so mehr geboten, weil der Gemeindefinanzbericht vom Deutschen Städtetag vor einigen Wochen gewarnt hat, dass in den Jahren 2018 und 2019 mit deutlich schlechteren Ergebnissen als in 2017 zu rechnen ist. Für das Jahr 2019 prognostiziert er sogar ein Einnahmefizit, da viele Regelungen zur Flüchtlingsfinanzierung bislang bis zum Jahre 2018 befristet sind. Allein die dadurch drohende Finanzierungslücke wird auf 1,1 Milliarden Euro beziffert. All das schlägt auch auf Rietberg durch und sollte im Haushalt abgedeckt sein.

Ähnliches gilt für die Schuldentilgung. Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Kreditinstituten nehmen um etwa 4 Millionen Euro bis zum Ende des Haushaltsjahres zu, ich kann nirgendwo einen Hinweis auf Schuldentilgung oder langfristig geplante Kreditrückführung entdecken. Es besteht außerdem noch ein Restrisiko aus Bürgschaften in Höhe von 1 Million Euro, das hier nicht eingerechnet ist. So sehr man nachvollziehen kann, dass Investitionen finanziert werden müssen, so sehr vermisst man eine belastbare Planung der Rückführung. Hier wird ein wenig von der Hand in den Mund gelebt.

Nun zum ersten Hinweis, der sich auf wirtschaftliches Allgemeinwissen bezieht, nämlich darauf, dass die Fehler in der guten Zeit gemacht werden. Wir schieben in diesem Haushalt Investitionen von 18 Millionen Euro vor uns her, die zwar langfristig gesehen der Stadt Vermögen bescheren aber auch dargestellt werden müssen. Hier sind Bedenken angebracht, ob die Leistungsfähigkeit der Verwaltung ausreicht, die Investitionen umzusetzen, die über das große Projekt Schulneubau hinausgehen. Insbesondere die Position „Breitbandausbau“ unterliegt erheblichen Zweifeln, weil es die Verwaltung in den zurückliegenden

zwei Jahren nicht geschafft hat, etwas Ähnliches wie ein schlüssiges Konzept dafür zu entwickeln oder gar umzusetzen oder einen Partner zu finden, dessen Hilfe verlässlich ist. Vielmehr wird seit zwei Jahren herumprobiert, ohne dass ein Ende ersichtlich ist. Hier gilt offenbar die alte westfälische Weisheit : Langsam Patt kommt auch zur Stadt.

Was die FDP schon seinerzeit bemängelte, feiert auch kommendes Jahr fröhliche Wiederauferstehung, nämlich der mit 900.000,00 Euro veranschlagte Neubau von Flüchtlings- und Obdachlosenunterkünften. Die Stadt hat in einer Art vorauseilender Bedarfsdeckung teure Unterkünfte am Bedarf vorbeigebaut. Statt auf Vorrat zu bauen, wie jetzt wieder geplant, sollte man erst einmal den echten Bedarf unter Berücksichtigung bestehender Möglichkeiten ermitteln und sich fragen, was macht man mit den mittlerweile leerstehenden Räumen und Gebäuden (Container). Darüber gibt der Haushalt nichts her.

Ärgerlich sind auch die Schülerbeförderungskosten von fast 900.000,00 Euro. Wenn ich morgens und nachmittags die PKW- Kolonnen am Teichweg und im Berglageweg sehe, die den linksabbiegenden Verkehr in die Westerwieherstraße blockieren, fragt man sich, ob dieser persönliche Schüler –Shuttledienst notwendig ist, wo es doch die Schülerbeförderung gibt. Gelegentlich werden sogar die Verkehrsvorschriften wie rechts vor links und die Geschwindigkeitsbeschränkung eingehalten. Das Verkehrsaufkommen am ZOB durch familiäre Fahrbetreuung kann ich nicht beurteilen, es ist aber sicherlich in demselben Maße wie am Teichweg vorhanden. Ich empfehle, die genaue Schülerzahl festzustellen, die das Busangebot nutzt , um danach eine Anpassung der Beförderung und der Kosten vorzunehmen. Der familiäre Zubringerverkehr erhöht im übrigen das innerörtliche Verkehrsaufkommen und fördert die Unselbständigkeit der Schüler.

Über die im Haushalt enthaltenen Kosten, die direkt oder nach der feinen Unterscheidung der Verwaltung, indirekt oder gar nicht mit dem COC zusammenhängen, lässt sich nicht so recht streiten, weil endgültige Entscheidungen noch nicht getroffen wurden. Über die Ansätze und Begründungen für oder gegen die Schaffung neuen Parkraums sollte man sich erst auseinandersetzen, wenn begründete Aussicht besteht, dass die Pläne auch umgesetzt werden. Das gilt auch für die Umgestaltung der Rathausstraße im Bereich Rathaus. Die derzeitigen Meinungen zu alledem sind bekannt. Das Argument, man stelle bestimmte Vorhaben bereits jetzt in den Haushalt ein, um Planungssicherheit zu erhalten, verfängt schon deshalb nicht, weil bei einigen Vorhaben unklar ist, ob diese nun erforderlich sind, das COC zu realisieren oder ob man aus anderen nicht benannten Gründen diese Vorhaben in den Haushalt

eingestellt hat. Die Klarheit des Haushalts ist aber Grundlage für nachprüfbares Verwaltungshandeln. Die Durchführung eines Ratsbürgerentscheids hätte auch dazu, wie in einigen anderen Aspekten, die nötigen Grundlagen geliefert. Im übrigen ist anzumerken, dass die Ratsmehrheit, die das Outlet gebilligt hat, sich über weitere städtische Folgekosten nicht intensiv streiten sollte, weil die eine Entscheidung die anderen bedingt, was man bei einigem Nachdenken von Beginn an hätte berücksichtigen müssen.

Generell fehlt in jedem Haushalt der letzten Jahre und auch jetzt eine durch Planzahlen unterstützte Vision einer umfassenden Stadtentwicklung oder Stadterneuerung. Es gibt darüber weder eine fundierte Diskussion im Rat noch ist jemals sachverständiger Rat für eine langfristige wirkliche Stadtentwicklung eingeholt worden. Nicht durch ein Gutachten oder dergl. von seiten Sachverständiger für Stadtentwicklung wurde das Investment COC beschlossen, sondern befördert wurde dieses durch überwiegend kommerzielle Interessen eines Investors. Die Fa. Ecostra begutachtet nur bestimmte Investitionsvorhaben im Handelsbereich, nicht jedoch ist sie kompetent für Fragen einer komplexen Stadtentwicklung. Ein City Outlet umfaßt nur Teilaspekte einer Stadtentwicklung und kann deshalb auch nicht Priorität geniessen, sondern könnte nur die Lösung für den Einzelhandel und die Gastronomie sein. Aber eine lebendige Stadt besteht nicht nur aus Handelszentren, die tagsüber bevölkert sind, sondern aus einem Lebensraum, der von den Bürgern ganztätig angenommen und im Miteinander gelebt und belebt wird. Ich habe mehr als Zweifel, ob die bisherigen hausgemachten Überlegungen bezüglich einer Stadtumwandlung dieses städtische gemeinsame Lebensgefühl befördern oder auch nur erhalten würde. Die jetzt angestrebte kleinteilige Lösung ist nicht alternativlos. Es muß neu und nachdrücklich darüber nachgedacht werden, wohin die Stadt in die nächsten Dekaden geführt wird unter Einbeziehung insbesondere der digitalen Herausforderungen, die sich auch für kleinere Städte stellen. Man sollte die Zukunft der Stadt nicht auf ein Vorhaben verengen, sondern die Stadtentwicklung als Ganzes begreifen, die auch nur ganzheitlich bewältigt werden kann. Dazu braucht man sachverständigen Rat von außen.

Meine Damen und Herren des Rates ! Trotz einer beachtlichen gegenteiligen Bürgermeinung hat der Rat einen Ratsbürgerentscheid über das COC abgelehnt und damit nicht nur ein fatales Signal als quasi omnipotentes Gremium in die Bürgerschaft gesendet, sondern auch die einmalige Chance vertan, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Er hat damit eine noch größere Verantwortung für die zukünftige Gestaltung der Stadt als Ganzes übernommen als er sie schon ohnehin hat. Ich hoffe auf die Weisheit des Rates, dass er sich dessen bewusst ist und bei weiteren Entscheidungen versucht, den Bürgerwillen zu respektieren. Dazu wird er bei Vorlage der Umfrageergebnisse Gelegenheit haben. Vielleicht kommt er allerdings um diese schwere

Entscheidung herum, wenn das Bürgerbegehren erfolgreich sein sollte und die Entscheidung über das COC wieder in die Hände der Bürger zurückgelegt wird, wo sie von Anfang hingehört hat. Ich möchte ausdrücklich daran erinnern, dass es die FDP war, die eine entscheidende Bürgerbeteiligung von Anfang gefordert hat. Insofern ist die Bemühung um ein Bürgerbegehren nur folgerichtig im Sinne der FDP und hat unsere Unterstützung.

Meine Damen und Herren, soviel zum Haushalt 2018 und der damit verbundenen politischen Vorgänge. Was ich vergessen oder mit dem Mantel mildtätigen Schweigens zugedeckt habe, ist sicherlich von dem einen oder anderen meiner Vorredner behandelt worden. Die FDP verbindet mit ihrer Zustimmung zu dem vorliegenden Haushalt allerdings die Erwartung, nicht die Hoffnung, dass verantwortungsvoll mit den Ressourcen umgegangen und ggfs. im Zweifelsfalle eine rechtzeitige und vollständige Einbindung des Rates als der Repräsentanz der Bürger erfolgen wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.